



Dominik Ringler, Liza Ruschin

Jugendbeteiligung als Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume

Standortfaktoren und die Rolle der Partizipation in der Bauleitplanung

Die Beteiligung junger Menschen ist ein zentrales Element nachhaltiger ländlicher Entwicklung. Angesichts des demografischen Wandels und der räumlichen Disparitäten in Deutschland sind viele ländliche Regionen mit Herausforderungen konfrontiert, die sich auf die Lebensqualität junger Menschen auswirken. Der 17. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass ungleiche Strukturen der Daseinsvorsorge, ein Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie unzureichende Mobilitätsangebote dazu führen können, dass junge Menschen ihre Heimatorte verlassen (vgl. Deutscher Bundestag 2024, S. 123 ff.). Diese Disparitäten betreffen besonders die sozioökonomischen Bedingungen, den Zugang zu Bildung und die Verfügbarkeit von Freizeit- und Kulturangeboten.

Zusätzlich zeigt z. B. die Publikation von Grunert und Ludwig (2024), dass die fortschreitende Peripherisierung ländlicher Räume in Verbindung mit Abwanderungstendenzen nicht nur infrastrukturelle Probleme verstärkt, sondern auch soziale Strukturen destabilisiert. Kommunen, die aktive Jugendbeteiligung fördern, können dem entgegenwirken, indem sie Möglichkeiten zur politischen Partizipation und sozialen Vernetzung schaffen. In Regionen, die Beteiligungsformate für junge Menschen etablieren, zeigt sich, dass Jugendliche eine stärkere Bindung zu ihrem Wohnort entwickeln und sich eher für eine Rückkehr nach einer Ausbildungs- oder Studienphase entscheiden.

Wanderungsmotive junger Menschen im ländlichen Raum

Die Beweggründe für das Bleiben, Weggehen oder Zurückkehren junger Menschen in ländliche Regionen sind vielschichtig. Studien belegen, dass vor allem drei Faktoren entscheidend sind: Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, die Qualität sozialer Netzwerke und das Vorhandensein attraktiver Freizeit- und Mobilitätsangebote. Während wirtschaftliche Perspektiven häufig ausschlaggebend für Abwanderung sind, spielen soziale Bindungen und Lebensqualität eine wichtige Rolle für Rückkehrentscheidungen (vgl. Gemeinsame Landesplanung 2010, S. 41). Besonders die Einbindung in kommunale Strukturen und partizipative Prozesse kann einen entscheidenden Unterschied ausmachen. Jugendliche, die frühzeitig an Entscheidungen beteiligt werden, entwickeln eine stärkere emotionale Bindung zu ihrer Region und engagieren sich langfristig für deren Entwicklung (vgl. Fehser et al. 2024, S. 103 ff.).

Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung als Standortfaktor

Kinder- und Jugendbeteiligung kann somit als Standortfaktor wirken und erheblich zur Attraktivität ländlicher Regionen beitragen. Erfolgreiche Beteiligungsformate bauen auf den gesetzlichen Regelungen auf, wie die UN-Kinderrechtskonvention (insb. Art. 3 und 12), das Baugesetzbuch (insb. §§ 1, 3 BauGB), die Kinder- und Jugendhilfe (Sozialgesetzbuch VIII) und die Landesgesetzgebungen (Übersicht im 17. Kinder- und Jugendbericht: Deutscher Bundestag 2024, S. 186). Sie umfassen außerdem eine ausgewogene Mischung aus Mitwirkungsangeboten in kommunalen Entscheidungsprozessen, Kinder- und Jugendgremien, Jugendforen, Unterstützung des (ehrenamtlichen) Engagements und Angebote der (politischen) Bildung. Zur fachlichen Einordnung kann das sogenannte Vier-Felder-Modell dienen (Ringler 2023, S. 94 ff.):

- **Eigenständige Mitwirkung:** Junge Menschen werden verbindlich in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen. Dazu gehören frühzeitige Beteiligungsverfahren in der Stadt- und Regionalplanung sowie Mitsprachemöglichkeiten in Jugendhilfe- und Bildungseinrichtungen.
- **Interessenvertretung:** Jugendparlamente und Beiräte agieren als Sprachrohre. Erfolgreiche Beispiele zeigen, dass eine enge Verzahnung mit kommunalen Gremien notwendig ist, um eine tatsächliche Einflussnahme zu gewährleisten.
- **Politische Bildung:** Angebote zur Demokratiebildung bereiten Jugendliche auf politische Teilhabe vor. Dies umfasst sowohl schulische als auch außerschulische Bildungsangebote, die ein grundlegendes Verständnis für demokratische Prozesse vermitteln.



- **Ehrenamtliches Engagement:** Junge Menschen engagieren sich in zivilgesellschaftlichen Strukturen und Projekten. Hierbei ist es entscheidend, dass das Engagement nicht nur freiwillig bleibt, sondern auch durch kommunale Strukturen unterstützt wird, beispielsweise durch Anerkennungsprogramme oder finanzielle Förderungen.

Aus diesen vier Feldern lassen sich Beteiligungskonzepte und -strategien entwickeln. In Brandenburg z. B. ermöglicht der „Brandenburger Weg“ (Grebe/Ringler 2023, S. 441 f.) eine systematische Einbindung junger Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse, indem die Umsetzung der in den kommunalen Satzungen verankerten Beteiligung zwischen jungen Menschen und der Politik ausgehandelt wird. Zur Umsetzung gehören deshalb auch Verbindlichkeit, Ressourcen, Sichtbarkeit und politische Rückendeckung als zentrale Erfolgsfaktoren. Neben strukturierten Beteiligungsmodellen und (personellen) Ressourcen ist zudem die institutionelle Verankerung in kommunalen Satzungen und Prozessen entscheidend, um Beteiligung nachhaltig zu gewährleisten. In der Praxis zeigt sich, dass erfolgreiche Beteiligungsformate wesentliche Erfolgsfaktoren haben:

- **Verbindlichkeit:** Beteiligungsprozesse müssen in kommunalen Satzungen festgeschrieben werden.
- **Nachhaltigkeit:** Projekte sollten über Wahlperioden hinaus Bestand haben.
- **Transparenz:** Entscheidungen müssen nachvollziehbar an die Jugendlichen zurückgespielt werden.
- **Niedrigschwellige Zugänge:** Beteiligungsangebote müssen inklusiv gestaltet sein, um unterschiedliche Gruppen junger Menschen zu erreichen.

Die Integration dieser Faktoren in kommunale Strategien kann langfristig dazu beitragen, ländliche Räume für junge Menschen attraktiver zu machen und Abwanderungstendenzen zu verringern.

Ein besonders wichtiger Bereich, in dem die Einbindung junger Menschen gesetzlich verankert ist, betrifft die Bauleitplanung. Das Baugesetzbuch (BauGB) schreibt in § 3 Abs. 1 vor, dass die Öffentlichkeit frühzeitig an der Bauleitplanung zu beteiligen ist – ausdrücklich auch Kinder und Jugendliche. In § 1 Abs. 5 BauGB wird betont, dass die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Diese Bestimmungen unterstreichen die Bedeutung der Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozessen. Dennoch zeigt die Praxis, dass diese Altersgruppen häufig kaum oder gar nicht berücksichtigt werden.

Ein zentrales Problem dabei stellt das sogenannte Beteiligungsparadoxon dar (vgl. Ruschin 2024, S. 32 ff.). Dieses beschreibt eine Situation, in der Betroffene sich im zeitlichen

Verlauf eines Planungs- oder Genehmigungsprozesses erst spät beteiligen, was jedoch negative Auswirkungen auf ihre tatsächlichen Einflussmöglichkeiten hat. Dieses Paradoxon zeichnet sich durch eine anfängliche geringe Beteiligungsbereitschaft und Interesse der Bürgerinnen und Bürger am Beginn eines Projekts oder Verfahrens aus. Gleichzeitig sind zu diesem Zeitpunkt die Einflussmöglichkeiten auf das Projekt oder die Planung besonders hoch. Im weiteren Verlauf des Planungsprozesses oder der Umsetzung nimmt das Engagement der Beteiligten und der Bevölkerung zu und erreicht oft erst in der Umsetzungsphase seinen Höhepunkt. Zu diesem Zeitpunkt bestehen jedoch nur noch geringe Einflussmöglichkeiten. Das Paradoxon verdeutlicht die Herausforderungen, frühzeitige und wirksame Beteiligungsmechanismen zu etablieren, um sicherzustellen, dass die Betroffenen bereits in den frühen Phasen eines Vorhabens substantiell Einfluss nehmen können.

Kinder- und Jugendbeteiligung an der Bauleitplanung

Um Kinder und Jugendliche angemessen in die Bauleitplanung einzubinden, empfiehlt sich ein strukturiertes, mehrstufiges Verfahren. In der Vorphase eines Planungsverfahrens sollten Perspektivworkshops mit Verwaltung und Politik durchgeführt werden, in denen Beteiligungsgegenstände und -intensitäten festgelegt werden (vgl. dazu Grebe/Ringler 2023, S. 437 f.). Anschließend erfolgen separate Workshops mit Kindern und Jugendlichen, um deren Perspektiven gezielt einzubringen. Die Ergebnisse dieser Workshops werden in einer gemeinsamen Synopse zusammengefasst, die als Grundlage für die weitere Planung dient. In einer darauffolgenden Klausurtagung wird ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen erarbeitet und als Leitlinie für die Kinder- und Jugendbeteiligung beschlossen.

Während der Entwurfsphase werden die Ergebnisse aus der Vorphase in den Planentwurf integriert. Bei der öffentlichen Auslegung erhalten Kinder und Jugendliche erneut die Möglichkeit, Anregungen und Bedenken zu äußern. Um sicherzustellen, dass diese Anmerkungen angemessen berücksichtigt werden, empfiehlt es sich, Informationen über die vorgenommenen Anpassungen in kind- und jugendgerechter Sprache aufzubereiten. Nach dem Satzungsbeschluss sollten junge Menschen durch leicht verständliche Informationsmaterialien über die finalen Planungen informiert werden.

Die Beteiligung marginalisierter Gruppen und von Mädchen an der Stadtplanung stellt eine besondere Herausforderung dar. Studien zeigen, dass junge Menschen aus sozial benachteiligten Milieus, mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung deutlich seltener an politischen Prozessen teilnehmen. Um dem entgegenzuwirken, sollten Kommu-

nen gezielte Beteiligungsangebote schaffen, die auf die spezifischen Bedarfe dieser Gruppen eingehen. Besonders für Mädchen sind geschlechtersensible Beteiligungsformate entscheidend, um ihre spezifischen Perspektiven und Bedürfnisse in die Planung einzubringen (vgl. Dellenbaugh-Losse/Ruschin 2024, 40 ff.).

Fazit

Die Einbindung junger Menschen in Stadt- und Regionalentwicklungsprozesse ist ein entscheidender Faktor für nachhaltige Entwicklung. Besonders in ländlichen Räumen sind Kommunen gefordert, gezielte Maßnahmen zu entwickeln, um junge Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden. Dazu gehören die Entwicklung rechtlicher Vorgaben zur Beteiligung junger Menschen in kommunalen Satzungen, die Bereitstellung finanzieller Ressourcen für langfristige Beteiligungsformate sowie die Ausbildung von Fachkräften für Jugendbeteiligung in der Verwaltung. Ebenso sind Mobilitätskonzepte erforderlich, um jungen Menschen die Teilnahme an kommunalen Entscheidungsprozessen zu erleichtern und digitale Plattformen zur Mitbestimmung weiter auszubauen. Konkret könnte das für Kommunen bedeuten:

- Institutionelle Verankerung von Beteiligungsprozessen: Die Mitwirkungsmöglichkeiten (s. o.) müssen verbindlich und transparent festgeschrieben werden. Jugendgremien sollten mit Entscheidungsrechten ausgestattet und in kommunale Prozesse eingebunden werden.
- Niedrigschwellige und inklusive Partizipationsformate: Beteiligungsangebote sollten divers gestaltet sein, um verschiedene soziale Gruppen zu erreichen (z. B. digitale Beteiligungsplattformen, mobile Beteiligungsteams für schwer erreichbare Gruppen).
- Langfristige Finanzierung sicherstellen: Förderprogramme und kommunale Budgets für Jugendbeteiligung müssen dauerhaft gesichert werden.
- Schaffung von jugendgerechten Räumen: Städte und Gemeinden sollten Aufenthaltsorte für junge Menschen in die Stadtplanung integrieren, die zum Austausch und zur Beteiligung einladen.
- Regelmäßige Evaluation der Beteiligungsmaßnahmen: Kommunen sollten regelmäßig überprüfen, inwieweit Jugendbeteiligung tatsächlich die gewünschten Effekte erzielt und bestehende Ansätze weiterentwickeln.

Wenn Beteiligung junger Menschen in ländlichen Räumen mehr sein soll als gut gemeinte Rhetorik und ein „Nice-to-have“, dann braucht es den politischen Willen zur Umverteilung: von Entscheidungsbefugnissen, von Ressourcen, von Aufmerksamkeit. Beteiligung kostet – Zeit, Geld, Macht. Wer sie ernst meint, muss bereit sein, Strukturen zu verändern, eigene Routinen zu hinterfragen und Kontrolle zu teilen. Das

aber ist keine pädagogische, sondern eine zutiefst politische Frage. Jugendbeteiligung in ländlichen Räumen ist nicht nur ein Versprechen an die Zukunft, sondern ein Gradmesser für die demokratische Gegenwart. Wo junge Menschen strukturell ausgeschlossen bleiben, droht nicht nur deren Abwanderung – es droht der Verlust demokratischer Substanz.



Dominik Ringler

Diplom-Sozialarbeiter/-pädagoge und Diplom-Sozialwissenschaftler, Leiter des Kompetenzzentrums Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg, Potsdam



Liza Ruschin

Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Halle (Saale) sowie Integrative Stadt-Land-Entwicklung an der Hochschule Wismar, seit Oktober 2024 Amtsleiterin für Gemeindeplanung in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow

Quellen:

Baugesetzbuch (BauGB), aktuelle Fassung.

Deutscher Bundestag (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht, Berlin.

Dellenbaugh-Losse, Mary/Ruschin, Liza (2024): Platz da! Bessere Städte für Mädchen durch verbesserte Beteiligung, in: Grebe, A./Ringler, D. (Hrsg.): Partizipation aus der Sicht von Mädchen* denken, Weinheim/Basel, S. 40–45.

Euler, Jessica/Grebe, Anna/Ringler, Dominik/Schreiber, Björn (2023): Kein Netz und keine Fachkräfte? Medienpädagogik und Jugendbeteiligung als Standortfaktoren in ländlichen Räumen, in: Bröckling, Guido/Fries, Rüdiger/Narr, Kristin (Hrsg.): Mit Medienbildung die Welt retten?! – Medienpädagogik in einer Kultur der Digitalität. Schriften zur Medienpädagogik 59. München: kopaed, S. 117–130.

Fehser, Stefan/Tillmann, Frank/ Reißig, Birgit (2024): Partizipation und Abwanderung von Jugendlichen in ländlichen Regionen. Eine quantitative Untersuchung zivilgesellschaftlicher Teilhabe von Jugendlichen unter sozialgeografischen Gesichtspunkten, in: Grunert, Cathleen/Ludwig, Katja: Jugend – Ländliche Räume – Peripherie(sierung). Studien zur Kindheits- und Jugendforschung, Vol 11. Springer, S. 103–124.

Gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg (2010): BLEIBEN, WEGGEHEN, WIEDERKOMMEN? Lebenszufriedenheit und Wandermotive junger Menschen in Brandenburg.

Grebe, Anna/Ringler, Dominik (2023): Strategien zur kommunalen Jugendbeteiligung, in: Sommer, Jörg (Hrsg.): Kursbuch Bürgerbeteiligung #5, Berlin: Republik Verlag, S. 429–443.

Grunert, Cathleen/Ludwig, Katja (2024): Jugend – Ländliche Räume – Peripherie(sierung). Studien zur Kindheits- und Jugendforschung, Vol 11. Springer.

Richert, Elisabeth/Riekmann, Wiebke (2024): Kommunale Kinder- und Jugendpartizipation für ländliche Regionen, in: Grunert, Cathleen/Ludwig, Katja: Jugend – Ländliche Räume – Peripherie(sierung). Studien zur Kindheits- und Jugendforschung, Vol 11. Springer, S. 285–310.

Ringler, Dominik (2023): Jugendbeteiligung als Teil der Demokratiebildung in der Kommune, in: Bokelmann, Oliver: Demokratiepädagogik – Theorie und Praxis der Demokratiebildung in Jugendhilfe und Schule, Wiesbaden (Springer), S. 91–103.

Ringler, Dominik (2025): Kommunale Jugendbeteiligung als Demokratiebildung. Die Rolle der Sozialen Arbeit als Schnittstelle zwischen politischer Bildung und Partizipation, in: Görtler, Michael/Nugel, Martin/Schäfer, Stefan: Politische Bildung in der Sozialen Arbeit: Handlungs- und Arbeitsfelder (in Erscheinung).

Ruschin, Liza (2024): Kinder- und Jugendbeteiligung in der Bauleitplanung – Analyse, Einfluss und Empfehlungen am Beispiel Königs Wusterhausen. Masterarbeit an der Hochschule Wismar.